

Infos zu Kampfdrohnen

Zum 70. Jahrestag des Endes des 2. Weltkriegs --Kampfdrohnen für die Bundeswehr?

Rede von Elsa Rassbach

beim Ostermarsch Berlin, am 4. April 2015 auf dem Dorothea-Schlegel-Platz

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

wie gedenkt die Bundesregierung den 70. Jahrestag des Endes des 2. Weltkriegs und der Befreiung vom Nationalsozialismus? Unter anderem hat sie gerade angekündigt, in diesem Jahr bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr beschaffen zu wollen. Für welche Kriege? Gegen welche Völker?

Zum 70. Jahrestag soll Deutschland als erstes Land auf dem europäischen Festland über diese völkerrechtszerstörenden Waffen verfügen? Bis jetzt haben nur drei Länder bewaffnete Drohnen zum Töten eingesetzt -- Israel, die USA und Großbritannien -- und nun soll Deutschland der vierte werden?

Vor zwei Jahren hat der ehemalige Verteidigungsminister Thomas de Mazière schon mal die Beschaffung von bewaffneten Kampfdrohnen angekündigt. Durch den Widerstand in der Bevölkerung sowie die starke Kritik in den Medien, unter Wissenschaftlern und im Bundestag wurde die Bundesregierung damals gezwungen, den Beschaffungsplan vorerst auf Eis zu legen.

Der SPD-Vorstand damals in einer Pressemitteilung: (Zitat) "Es besteht die akute Gefahr der Proliferation von Kampfdrohnen; das heißt die Gefahr eines neuen gefährlichen Rüstungswettlaufs. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen uns deshalb für eine völkerrechtliche Ächtung derartiger Waffensysteme einsetzen statt für deren Beschaffung. Wenn die weltweite Aufrüstung von Kampfdrohnen erst im vollen Gange ist, ist es zu spät." (Zitat Ende)

Immer klarer wird es, dass Kampfdrohnen benutzt werden, um militärische Einsätze durchzuführen, die kein demokratisches Mandat haben. Sie werden benutzt, um den Parlamentsvorbehalt zu umgehen. Seit Beginn des "Kriegs des Terrors" kurz nach dem 11.09. 2001 haben CIA und Pentagon heimlich Kampfdrohnen in Afghanistan und anderen Ländern eingesetzt. Wie ein Kaiser hat der US-Präsident -- der Oberbefehlshaber -- Menschen einfach hingerichtet und ganze Gemeinden terrorisiert ohne dass er in Frage gestellt werden könnte. Es gab keine Medienberichte darüber, und die Wähler in den USA und die Weltöffentlichkeit wussten nichts davon. Erst in 2008, haben US FriedensaktivistInnen die US Drohnen-Kriege aufgedeckt.

Und erst seit 2013 wissen wir etwas über die wichtige Rolle Deutschlands in dem US-Drohnen-Krieg. Durch die Berichte der Süddeutsche Zeitung und Panorama haben wir gelernt, dass das Afrikanische Kommando der Vereinigten Staaten in Stuttgart eine wesentliche Rolle bei den US Drohnen-Kriegen in Afrika spielt. Und in 2014 haben dieselben mutigen Berichtersteller enthüllt, dass die Satelliten-Relais-Station in der US Luftwaffenbasis Ramstein auf deutschem Hoheitsgebiet eine unerlässliche Rolle bei allen US-Drohnenanschlägen in Nahen und Mittleren Osten und in Afrika spielt. Die deutsche Regierung hat seit Jahren darüber gelogen und lügt immer noch.

Und nun möchte die Bundesregierung auch noch in die Verbrecherbande der drei mit Kampfdrohnen mordenden Ländern aufgenommen werden? Die Entscheidung zur Anschaffung ist noch nicht getroffen worden. Und wir sagen Nein!

Das Europäische Parlament hat im Februar 2014 in einer Gemeinsamen EntschlieÙung mit 534 gegen 49 Stimmen die EU-Mitgliedstaaten dringend dazu auffordert, die „Praxis gezielter außergerichtlicher Tötungen zu verbieten“ und auf keinen Fall zu „begünstigen.“ Die

Bundesregierung ignoriert bis jetzt die EntschlieÙung des Europäischen Parlaments.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sofort Verhandlungen mit der US-Regierung zu beginnen, um alle rechtswidrigen Aktionen der USA auf deutschem Territorium umgehend zu beenden.

Und wir fordern die Bundesregierung und den Bundestag auf, ein klares Nein zu bewaffneten Kampfdrohnen zu sagen und sich stattdessen für die Ächtung dieser Waffe in Europa und in der ganzen Welt einzusetzen. Dies wäre ein würdiges und gebührendes Gedenken des 70. Jahrestags der Befreiung vom Nationalsozialismus -- ein Gedenken wofür viele besorgte Menschen in der ganzen Welt dankbar sein würden.

Für die Diskussion: RAMSTEIN: Achillesferse des deutsch-amerikanischen Bündnisses?

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

leider kann ich persönlich zur Aktionskonferenz Friedenswinter in Frankfurt nicht kommen.

Ich möchte jedoch für die Diskussion vorschlagen, dass wir in Friedenswinter in den kommenden Monaten einen starken Fokus auf die US Satelliten Relaisstation in Ramstein legen.

Zwischen den »Joy-Stick«-Piloten in den USA und den Drohnen, die in der Nähe des Ziels in Afrika oder Mittleren Osten stationiert sind, ist eine ständige Satellitenverbindung notwendig. Die Drohnen produzieren Überwachungsvideos und Signale, die in Ramstein ankommen. Vor jedem Drohnenanschlag nimmt der Pilot in den USA Verbindung mit Ramstein auf, der einzigen Relaisstation in Europa. Etwa 650 sind in der Relaisstation beschäftigt. Ohne die Relaisstation in Deutschland wäre der rechtswidrigen und rassistischen US "Drohnen-Krieg des Terrors" technisch nicht möglich.

Die CDU, CSU, und SPD schrieben im Koalitionsvertrag Folgendes: "Extralegale, völkerrechtswidrige Tötungen mit bewaffneten Drohnen lehnen wir kategorisch ab." Danach ist die Bundesregierung verpflichtet, die Nutzung von Ramstein für den Drohnen-Krieg zu stoppen.

Zudem hat das Europäische Parlament im Februar 2014 mit einer überwältigender Mehrheit -- mit 534 gegen 49 Stimmen --

eine Gemeinsame Entschliessung beschlossen wonach außergerichtlichen gezielten Tötungen verboten sind. Die Entschliessung fordert die Mitgliedstaaten auf "dafür zu sorgen, dass die Mitgliedstaaten im Einklang mit ihren rechtlichen Verpflichtungen keine rechtswidrigen gezielten Tötungen verüben oder solche Tötungen durch andere Staaten begünstigen."

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+MOTION+P7-RC-2014-0201+0+DOC+XML+V0//DE>

Hiermit könnten wir arbeiten.

Die Forderung, die Satelliten Relaisstation auf Ramstein zu schliessen, ist eine einfache, machbare, und vertretbare Forderung, die m.E. die Grundlagen des NATO Bündnisses im Zeitalter des illegalen US "Kriegs des Terrors" stark in Frage stellt.

Es wäre wichtig hierbei auch herauszubringen, dass die Sicherheit der deutschen Bürgerinnen und Bürgern durch die illegale Tätigkeit der US-Streitkräften auf deutschem Boden gefährdet ist.

Als Protest Beispiel, anbei ein Video des Zivilwiderstands vorm US-Drohnen-Basis Creech am 06.03., die etwa 120 AktivistInnen mitten in der Wüste von Nevada durchgeführten -- eine Aktionsform, die bei fast jedem Stützpunkt machbar wäre: <https://www.youtube.com/watch?v=67-lnPZ3Fa0>

Ich hoffe, dass Einige von euch zum nächsten bundesweiten Treffen der Drohnen-Kampagne in Hanover am 22.03. kommen könnt. Am Tag davor gibt es eine Konferenz: <https://www.facebook.com/events/417498308408262/>
Weitere Infos ganz unten.

Mit solidarischen Grüßen Elsa Rassbach

Ps

Barbara Fuchs hat mein Interview in junge Welt vom 11.03.2015 neulich über die Liste geschickt- Anbei noch ein Interview von mir vom 11.03. für Neues Deutschland zum Thema.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/964430.us-drohnen-sind-eine-gefahr-fuer-deutschlands-sicherheit.html>

US-Drohnen sind eine Gefahr für Deutschlands Sicherheit

Aktivisten bereiten Proteste in den USA und am US-Stützpunkt Ramstein vor, einer »Achillesferse des deutsch-amerikanischen Bündnisses«

Elsa Rassbach ist Vertreterin der US-Friedens- und Bürgerrechtsinitiative Code Pink sowie Mitbegründerin der deutschen Anti-Drohnen-Kampagne. Mit ihr sprach Stephan Fischer.

nd: Seit 2009 gibt es Proteste an der US-Militärbasis Creech im US-Bundesstaat Nevada, zuletzt Anfang März. Was ist dort passiert?

Rassbach: Etwa 120 Aktivisten aus 18 US-Bundesstaaten blockierten friedlich am 6. März den Autoverkehr auf zwei Zufahrten zu der Basis. 34 wurden festgenommen und werden im April vor Gericht gestellt. Diese Verfahren werden aber noch mehr Aufmerksamkeit auf die illegalen Tötungen durch Drohnen richten.

Warum ist Creech so wichtig für den US-Drohnenkrieg?

Die erste Predator-Überwachungsdrohne ist dort 1994 geflogen, eine bewaffnete Drohne wurde erstmalig 2001 in der Nähe getestet. Seitdem töten Drohnenpiloten von der Creech-Basis fast täglich Opfer in weit entfernten Ländern. Der erste Drohnenprotest fand auch hier statt: 14 Aktivisten wurden 2009 des »unerlaubten Betretens« der Basis für schuldig befunden, einige saßen dafür im Gefängnis. Die bis dahin geheimen Drohnenkriege wurden aber so erstmalig an die Öffentlichkeit gebracht.

Wie ging es nach dem Start mit der Anti-Drohnen-Bewegung in den USA weiter?

Danach entfalteten sich sehr aktive Drohnen-Kampagnen in den USA, die durch NGOs wie die American Civil Liberties Union (ACLU) begleitet worden sind. So gibt es monatliche Mahnwachen mit friedlichem zivilen Widerstand an Drohnen-Stützpunkten wie Hancock im Bundesland New York, Beale in Kalifornien und Whiteman in Missouri; wegen einer Aktion dort sitzt die Aktivistin Kathy Kelly gerade für drei Monate im Gefängnis. Die CODEPINK-Mitbegründerin Medea Benjamin hat Reden von Obama und von CIA-Chef Brennan auf spektakuläre Weise vor laufenden Kameras unterbrochen. Es gibt Unterschriftensammlungen sowie örtliche Resolutionen gegen den Einsatz von Drohnen an vielen Orten der USA. Aber die Nutzung von Kampfdrohnen durch die USA wie auch durch Großbritannien fand schon jahrelang statt, bevor die Öffentlichkeit überhaupt davon wusste. In Deutschland haben wir eine viel bessere Chance, die Nutzung von Kampfdrohnen zur Unterdrückung und Tötung zu stoppen.

Welche Rolle spielt der Luftwaffenstützpunkt Ramstein für die US-Drohnenkriege?

Zwischen den »Joy-Stick«-Piloten in den USA und den Drohnen, die in der Nähe des Ziels in Afrika oder Mittleren Osten stationiert sind, ist eine ständige Satellitenverbindung notwendig. Die Drohnen produzieren Überwachungsvideos und Signale, die in Ramstein ankommen. Vor jedem Drohnenanschlag nimmt der Pilot in den USA Verbindung mit Ramstein auf, der einzigen Relaisstation in Europa. Nach Berichten unter anderem der »Süddeutschen Zeitung« arbeiten seit

2011 etwa 650 Mitarbeiter in Ramstein an den Drohnenprogrammen. Auch Dokumente von Edward Snowden zeigen, dass Ramstein für die US-Drohnenkriege unerlässlich ist.

Das geschieht auf deutschem Boden. Was könnte die Bundesrepublik dagegen tun?

Die Bundesregierung könnte eine Neuverhandlung des Truppenstationierungsabkommens initiieren und dabei fordern, dass diese 650 Mitarbeiter ihre Tätigkeit einstellen. Nach der Gemeinsamen EntschlieÙung des Europäischen Parlaments von 2014, wonach außergerichtliche Tötungen zu ächten sind, sollte dann kein EU-Staat den USA mehr helfen, eine neue Drohnen-Relaisstation aufzubauen.

Auf diese EntschlieÙung des Europäischen Parlaments hat Deutschland aber nicht reagiert?

GroÙbritannien hält sich wahrscheinlich auch nicht daran, aber die Einrichtungen in Deutschland spielen eine viel wichtigere Rolle. Deutschland hat dadurch den entscheidenden Hebel in der Hand: Die Stationierungsverträge mit den USA sind kündbar oder verhandelbar, das haben selbst die Irakis mit den USA gemacht. Einfach deutsches und europäisches Recht umsetzen - mit der Rückendeckung des Europaparlamentes. Und des Koalitionsvertrages. Es bräuchte nur ein bisschen Mut. Aber ohne Bewegung auf der Straße und im Bundestag wird nichts passieren.

Welche Rolle spielt die deutsche Drohnenkampagne dabei?

Die Drohnenkampagne ist im März 2013 gegen die geplante Anschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr gegründet worden. Die Rolle Ramsteins wurde erst im April 2014 weitgehend bekannt; wir werden auch mögliche Maßnahmen gegen die deutsche Beihilfe bei unserem bundesweiten Treffen am 22. März in Hannover diskutieren, wozu alle herzlich eingeladen sind. Am Tag davor gibt es eine Drohnenkonferenz.

Warum sollte sich die deutsche Regierung nicht weiterhin darauf zurückziehen, nichts zu sehen und nichts zu wissen?

Es ist eine Gefahr für die deutsche Sicherheit, auf deutschem Boden einen Partner zu haben, der im Alleingang, geheim und unter Missachtung des internationalen Rechts vorgeht. Die USA haben den »Krieg gegen den Terror« als räumlich und zeitlich unbegrenzt definiert: Was, wenn ein US-Präsident meint, es gibt Terroristen in Russland? In diesem Sinne ist Ramstein eine Achillesferse des deutsch-amerikanischen Bündnisses, der Ort, wo die europäische Auffassung von Menschenrecht und Völkerrecht am stärksten mit der Auffassung der US-Regierung in Konflikt tritt.